

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

19.7.1865 (No. 168)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 19. Juli.

N. 168.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Deutschland.

Karlsruhe, 18. Juli. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 33 enthält Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Justizministeriums: Die Alodifikation der Lehen der freiherrlichen Familie v. Neuenstein betreffend. 2) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: a) Den Stand der allgemeinen Schullehrer-Witwen- und Waisenkasse für das Jahr 1864 betreffend. b) Die Ausstellung von Schulverschreibungen auf den Inhaber durch die Stadtgemeinde Mosbach betreffend. c) Die Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber durch die badische Gesellschaft für Zuckerraffination betreffend. d) Die philologischen Seminare der Universitäten Heidelberg und Freiburg betreffend.

Stuttgart, 17. Juli. Bei der Beratung des Ertrags der Forstverwaltung hat seiner Zeit der Abg. Cavallo den Antrag gestellt: Die Kammer wolle an die Regierung die Bitte richten, die Holzgärten aufzuheben, und wie früher alles Kuchholz, so auch alles Brennholz in den Wäldern selbst zur Versteigerung zu bringen. Die Kammer war mit einer Mehrheit von nur einigen Stimmen diesem Antrag beigetreten, die Kammer der Standesherrn aber hatte den Beitritt zu dieser Bitte einstimmig abgelehnt. In der hiesigen Lokalpresse hatte sich sogleich ein großer Sturm der Entrüstung gegen diesen Beschluss erhoben, und das Vertrauen zur Regierung ausgesprochen, daß sie demselben keine Folge geben werde. Dieser Beschluss war ganz besonders als gegen Stuttgart und dessen Bewohner gerichtet betrachtet worden, und es stimmte daher die hiesige Lokalpresse ohne Unterscheidung ihrer sonstigen politischen Parteilinie darin überein, denselben zu verdammen, da sie die Ansicht aussprach, daß durch Aufhebung der Holzgärten die ohnedies ungeheuer gestiegenen Holzpreise noch mehr in die Höhe geschraubt würden, indem alsdann der Holzverkauf ganz in die Hand der Händler gegeben und dem unmittelbaren Bewohner Stuttgarts die Möglichkeit benommen würde, Holz in kleineren Quantitäten zu verhältnismäßig annehmbaren Preisen zu kaufen. Ramentlich hatten sich Beamte, Bürger und Arbeiter gegen diesen Beschluss mit aller Entschiedenheit ausgesprochen. Heute stellte nun der Abgeordnete Cavallo (Fabrikant in Wildbad und Abgeordneter für den Oberamtsbezirk Neuenbürg) die Anfrage an den Finanzdepartements-Chef, Staatsrath v. Renner, ob die Regierung geneigt sei, dem betreffenden Beschluss der Kammer Folge zu geben. Staatsrath v. Renner gab nur eine ausweichende Antwort. In Betreff der Holzgärten sagte er gar nichts, und in Betreff des Verkaufs im Walde versprach er vorerst Versuche im Kleinen zu machen. Cavallo war mit dieser Antwort nicht ganz zufrieden.

In Folge des von der Kammer gefassten Beschlusses, die Branntweinsteuer im Allgemeinen zwar fallen zu lassen, sie aber für das zum Brennen bestimmte Malz in derselben Größe wie für das Braumalz beizubehalten, mußten die Art. 2 bis 8 des Branntwein-Steuergesetzes hiernach abgeändert werden, was heute geschah. Die Uebergangsteuer von Branntwein wurde demgemäß von der Regierung auf 4 fl. vom württemb. Eimer bei 50° Tralles festgesetzt; die Kommission beantragte jedoch in ihrer Mehrheit nur 3 fl. gutzuheißen, eine Minderheit der Kommission war jedoch mit dem

Regierungsvorschlag einverstanden. Diese letztere Ansicht siegte in der Kammer mit 56 gegen 17 Stimmen, und so bleibt die Uebergangsteuer auf 4 fl. im Einverständnis mit der Regierung festgesetzt. — In der Endabstimmung wurde der ganze Gesetzentwurf mit 69 gegen 4 Stimmen angenommen.

Die Regierungsergänzung von 50,000 fl. aus der Restverwaltung als außerord. Staatsbeitrag für die Restauration des Münsters in Ulm fand in der Kammer nur einen einzigen Gegner, den Abg. Groß, der nur die Hälfte verwilligen wollte. Sonst stimmte die ganze Kammer für die Ergänzung, unter der Bedingung, daß die Staatsverwaltung und die Stiftungsbehörde zu Ulm über einen angemessenen Restaurationsplan sich verständigen.

Darmstadt, 16. Juli. (Zweif. Bl.) Der Großherzog hat gestern bestimmt, daß die Strafprozeßordnung am 1. Oktober l. J. in Kraft trete. Die Siege der neu kreirten Bezirks-Strafgerichte werden in der Provinz Starkenburg, Darmstadt und Michelstadt, in Oberhessen Gießen, Alsfeld und Ortenberg sein.

Koburg, 15. Juli. (N. C.) Der hiesige Spezial-Landtag hat vorgestern und gestern über die neue Preßgesetz-Vorlage der Regierung beraten. Es wurde zwar einstimmig beschlossen, auf die Einzelberatung des Entwurfs einzugehen; über Einzelheiten bestehen aber noch wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Landtag, namentlich bezüglich der für den verantwortlichen Redakteur beanspruchten Eigenschaften und bezüglich der exceptionellen Strafbestimmungen. Während die Landtags-Kommission diese letzteren ganz gestrichen haben will, hält die Regierung daran allerdings in wesentlich milderer Form und in beschränktem Maß, fest. Bezüglich der Qualifikation des Redakteurs sind Regierung und Landtag so weit einig, daß derselbe volljährig, dispositionsfähig und nicht wegen eines der allgemeinen Annahme zufolge als an sich entehrend zu betrachtenden Vergehens oder Verbrechens der Staatsbürgerlichen und Ehrenrechte verlustig sein soll. Die Regierung will, daß der Redakteur außerdem Staatsbürger der Herzogthümer Koburg und Gotha sein soll, wogegen der Landtag den Kommissionsantrag angenommen hat, der nur verlangt, daß der Redakteur Staatsangehöriger der vereinigten Herzogthümer Koburg und Gotha sein, d. h. seinen bleibenden Wohnsitz in einem der beiden Herzogthümer haben soll. Das Zustandekommen des neuen Preßgesetzes ist hiernach noch sehr zweifelhaft.

Leipzig, 15. Juli. Die „Leipz. Abendpost“ bringt folgende Mittheilung:

Hr. Staatsminister v. Bennigsen traf gestern Abend von Dresden hier ein und stieg im Hotel „zur Stadt Rom“ ab. Derselbe konferrirte sodann mehrfach mit dem seit einigen Tagen hier anwesenden k. bairischen Staatsminister v. d. Pfordten. Ohne einer Indiscretion sich schuldig zu machen, glauben wir mittheilen zu können, daß der Gegenstand der Verhandlungen beider Staatsminister ein engerer Anschluß der Mittelstaaten sowohl unter sich, als an Oesterreich gewesen ist, um mit vereinten Kräften den Uebergriffen Preussens entgegen zu treten, entgegen zu treten zu können. So viel wir hören, gab sich in allen Hauptpunkten eine völlige Uebereinstimmung der Auffassung kund.

Hamburg, 17. Juli. (Fr. J.) Laut einer offiziellen Berliner Korrespondenz des „Allon. Merk.“ und der „Hamb.

Börse“ wird die preussische Regierung in der Angelegenheit der Entfernung des Herzogs Friedrich, falls Oesterreichs Entschliebung noch länger verzögert werden oder entgegengegesetzten Sinnes ausfallen sollte, mit den ihr unbedingt erforderlich erscheinenden Maßregeln selbständig vorgehen, zu welchen sie sich auch ohne vorgängige Genehmigung des Wittbessers befugt erachtet, da dieser Schritt zur Erhaltung des gemeinsamen Besitzes unabwendlich geboten erscheine.

Elmsborn, 14. Juli. Das „Woch.-Bl. für Uetersen“ enthält folgende Erklärung:

Die unterzeichneten wahlberechtigten Bürger Uetersens schließen sich in allen Stücken den Erklärungen der Wähler in den Städten Wisler und Grempe, sowie im Flecken Elmsborn an, durch welche unser jetziger Ständeausschuss Hr. Dieck in Elmsborn aufgefördert wird, sein Amt niederzulegen, weil in Folge seines Uebertritts zu den sogenannten Nationalen seine politischen Anschauungen sich in den schroffen Gegensatz zu denen des Landes gesetzt haben. Uetersen, 1. Juli. (Folgen die Unterschriften.)

Schleswig, 12. Juli. Hr. v. Halbhauer hat gestern an dem Frühstück der Vollsüger Schützenbrüder Theil genommen, wozu auch Hr. v. Zedlitz geladen, aber nicht erschienen war. In einem Trinkspruch auf die Stadt Schleswig drückte der österreichische Hr. Kommissär seine Freude darüber aus, an dieser heiteren Tafelrunde Schleswiger Bürger und Einwohner Theil zu nehmen, und zu sehen, wie man treu hier festhalte an altherkömmlichen Gebräuchen. Er wolle von Herzen wünschen, daß es dieser guten Stadt und ihren Bewohnern immer gut ergehen und eine glückliche Zukunft der Stadt Schleswig beschieden sein möge. Mit einem nicht enden wollenden domnernen Hoch wurde später, als Hr. v. Halbhauer das Schüßenzelt verlassen hatte, des Herzogs Friedrich VIII. gedacht. Auch zwei preussische Offiziere waren der Einladung zum Frühstück gefolgt, und blieben bis zum Aufbruch der Schützen.

Schleswig, 12. Juli. Aus Kopenhagen wird der „Kreuzzeitung“ gemeldet: Mehrere auf der Insel Alsen belegene ehemalige herzoglich Augustenburgische Güter sind hier in der neuesten Zeit öffentlich zum Verkauf angetragen worden. Es haben in Folge dessen mehrere schleswig-holsteinische Gutsbesitzer und Hamburgische Kaufleute über die Verkaufsbedingungen Erkundigungen eingezogen.

Schleswig, 14. Juli. (Hamb. Nachr.) Die von dem „Allonac. Merk.“ gebrachte Nachricht, daß in der Landeregierung eine große Mißstimmung herrsche, da eigentlich gar nicht regiert werde, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Gehr könnte man klagen, daß zu viel regiert wird, wie die fast täglich erscheinenden Verordnungsblätter beweisen. Das Verhältnis zwischen den beiden Zivilkommissären scheint in der letzten Zeit ein besseres geworden zu sein. Wenigstens fanden in diesen Tagen mehrstündige mündliche Konferenzen zwischen ihnen statt. Gestern fuhrten beide Kommissäre mit dem Prinzen Hohenlohe in demselben Wagen zur Begrüßung des Kronprinzen von Preußen nach Klosterkrug; Hr. v. Zedlitz begleitete den Kronprinzen dem Vernehmen nach bis Köhr. Am letzten Sonntag waren beide Zivilkommissäre und der Prinz von Hohenlohe beim Herzog Karl von Glücksburg auf Veusholm zum Familienabend geladen.

Apenrade, 13. Juli. Man schreibt der Berliner „Nat.

Kg. Die Thätigkeit des Generalpostamts in London.

Der unlängst veröffentlichte, mühsamst eingerichtete, übliche Jahresbericht des Generalpostmeisters,*) für 1864, bietet wieder eine Fülle merkwürdiger Zahlen und Thatfachen; woraus hier Einige.

*) Ueber das Generalpostamt oder die königl. großbritann. Oberpostdirektion in London, bemerkt ein Aufsatz in der Zeitschrift „Gartenlaube“ 1864, Nr. 30, welchem die gegenwärtige Mittheilung für viele Theile als Ergänzung dienen mag, u. A.: „Der Chef des gesamten englischen Postwesens ist nominell der Generalpostmeister, Postmaster General (gegenwärtig Lord Stanley of Alderley), — als solcher immer zugleich Mitglied des Staatsministeriums, — faktisch aber ist es der sog. Generalpostamtssekretär, Secretary to the Post Office, der mit zwei Assistenten die eigentliche Verwaltung des weitverzweigten Instituts leitet. Er steht an der Spitze eines zahlreichen Beamtenpersonals, das im Jahr 1862 von 40 Oberbeamten, 11,302 Postmeistern, 7 Schiffspostmeistern, 22 Postmeistern in den Kolonien, 73 Agenten in fremden Staaten, 12,138 (teilsbürglichen) Briefträgern, und 168 Mann Schutzwache, zusammen von dem städtischen Heere von 25,380 Mann gebildet wurde.“ — „Kein anderer Staat der Welt besitzt eine so große Anzahl von Postämtern wie England, wo im Durchschnitt eines auf je 2500 Köpfe zu rechnen ist; außerdem existiren noch über 15,000 Briefsammlerstationen, davon 4000 als Briefsäulen — Letter-pillars — weit in die Äugen fallende, etwa vier Fuß hohe Eisenstangen, welche in den großen Städten des Landes, ja, um der Bevölkerung in ihrem Verkehr mit der Post jede mögliche Erleichterung zu gewähren, sogar auf dem Lande an Kreuzwegen aufgestellt, einen Kasten zur Aufnahme von Briefen enthalten.“ — „In London besitzen — selbstverständlich — außer dem Generalpostamt als dem Mittelpunkt der gesamten Postverwaltung des Königreichs und seiner Kolonien, noch eine Anzahl größerer Distriktpostämter neben vielen kleinen Unterpostämtern und unzähligen Briefkästen und Briefannahmestellen, zu welchen letzteren mit Rücksicht auf die Bequemlichkeit des Publikums in der Regel Speere — oder ähnliche viel in Anspruch genommene Kaufhäuser gewählt sind. Jener Distriktpostämter gibt es zehn, denn der Londoner Posttray, der — St. Martin's-le-Grand (das auf der Stelle eines ehemaligen Klosters einer Collegiatkirche errichtet und im Jahr 1829 vollendet, Generalpostamtsgebäude, in der Alters-

Im Jahr 1839, dem letzten mit seinen durch das Rowland-Hill'sche Ein-Penny-Tariffsystem so erfolgreich verdrängten, hohen und lästigen Portosätzen, war die Zahl der durch das Generalpostamt gelaufenen Briefe 70,000,000; betrug aber bereits im Jahr 1844 240,000,000; stieg im Jahr 1853 auf 410,000,000; 1864 auf 560,000,000; und wird 700,000,000 im 1865er Jahr sicherlich erreichen. In London allein belief sich die Zahl der im Jahr 1863 ausgegebenen Briefe auf 160,000,000, also mehr als das Doppelte des 1839er Jahres. Es gibt jetzt in London 1100 Annahmestellen und Briefsäulen, und über 6,000 im ganzen Lande; wonach also im Jahr eines in's Andere gerechnet 40,000 Briefe in jene Empfangsstellen eingelegt werden. Da es in Großbritannien und Irland 5,300,000 bewohnte Häuser gibt, so kommen durchschnittlich auf ein Haus ungefähr 120 Briefe; erwägt man dabei, wie verhältnismäßig wenige Briefe die unteren Klassen empfangen, so läßt sich ersehen, wie viele die Dandelshäuser erhalten mögen. Im Jahr werden jetzt, bedeutend über 100,000 neue Häuser gebaut; in welchem Umfang schon danach, abgesehen von der gesteigerten Gewohnheit des Briefschreibens, der postalische Verkehr fernerhin sich ausdehnen wird, kann man sich denken. Es sind jetzt, auf einem gegebenen Flächenraum, doppelt so viele Annahmestellen und Briefsäulen vorhanden, als im Jahr 1854; eine Vermehrung von Erleichterungen, die gewiß auch eine Zunahme im Briefschreiben zur Folge haben wird. Beinahe tausend kleine Dörfer und Weiler, welche im Jahr 1854 die Briefe an den nächsten Poststellen hatten abholen lassen oder auch einen Portozuschlag hatten bezahlen müssen, erhalten sie jetzt frei, d. h. ohne

galt-Strasse, Cheapside) als Centrum genommen — ein Areal von etwa dreißig deutschen Meilen umkreist, ist in zehn einzelne Postdistrikte getheilt, deren verschiedene Richtungen nach Osten, Westen u. s. w. vom Centralpunkt so häufig (und für Ausländer oft so räthselhaft) mit ihren Anfangsbuchstaben (East D) (Central), (West) C, (North) W C. u., auf Londoner Adressen, Wohnungsbezeichnungen u. s. w. erscheinen.“ —

Portozuschlag, in's Haus geliefert. Im Jahr 1864 gab es nur zwei Orte, die drei Mal täglich die Post von London erhielten; jetzt sind es deren sechzig. Die Posten sind so beschleunigt worden, daß ein voller Tag in der „umgebenden Post“ zwischen London am einen und zwischen Aberdeen (Schottland) und Dublin (Irland) am andern Ende erspart ist. In London war die Hauptbriefausgabe Morgens bis zum Jahr 1854 erst mit 10 Uhr beendet, ist aber jetzt schon mit 9 Uhr vorbei; nämlich innerhalb der sog. „Stadtgrenzen“, worin nun Kingston, Pentonville, Newington, Butts, Kennington, Barchall, Camden-Town und Kentish-Town auch inbegriffen sind, die alle im Jahr 1854 noch davon ausgeschlossen waren.

Die Einrichtung der Geldanweisungen ist von unermesslichem öffentlichem Vortheil. Diese Anstalt war erst zur Erleichterung der Verschickung kleiner Summen durch unbemittelte Leute eingeführt; ist aber nach und nach fast zu einer Bank für die gewerbetreibenden Klassen überhaupt herangewachsen. Die Gewisheit und Sicherheit dieser Geldanweisungen ist eine sehr große, denn von hunderttausend geht nur Eine in der Auszahlung an den rechten Empfänger fehl. Die mit der Beforgung einer solchen Anweisung verknüpfte Unständlichkeit oder Mühe will bequemen oder nur an sich denkenden Personen nicht recht behagen; kann aber, gegen die mannichfachen Vortheile gehalten, nicht in Betracht kommen. Im Jahr 1854 bestanden 1900 Geldanweisungs-Bureau, im Jahr 1863 über 3000; in ersterem Jahr wurden solcher Anweisungen zum Belauf von 10,500,000 Pfund Sterling, im letzteren von 16,500,000 Pfd. St. ausgestellt. Der durchschnittliche Betrag jeder Geldanweisung ist nicht viel über 2 Pfd. St.

(Fortsetzung folgt.)

— Wie die „Gazz. di Milano“ meldet, hat der Gemeinderath von Catania an sämtliche italienische Gemeinden einen Aufruf geschickt, worin ganz Italien aufgefordert wird, die Kosten des Transports der sterblichen Ueberreste Vincent Bellini's von Paris nach seiner Geburtsstadt Catania zu tragen und ihm ein Denkmal zu errichten,

Ztg.: Wie die „Apenrader Nachr.“ mittheilen, ist dem Vorstand des hiesigen Bürgervereins durch ein Schreiben des Bürgermeisters angezeigt worden, daß die Versammlungen des Vereins untersagt seien, weil nach der Aussage von 5 preussischen Soldaten bei der Geburtstags-Feier des Herzogs im Vereinslokal im Chor gesungen worden sein soll: „Schleswig-Holstein stammverwandt, jagt die Preußen aus dem Land.“ Als Kläger nennt man den hiesigen Stadtkommandanten, Major v. Granaach. Nach Angabe des genannten Blattes, versichern sämtliche Vereinsmitglieder, die im Lokal anwesend gewesen sind, daß sie von dem fraglichen Gesang nichts gehört haben. Die im dänischen Interesse geschriebene „Freia“ bringt über diesen Vorfall noch folgenden Bericht:

In Rubbedes Hotel, wo der Bürgerverein sowohl als auch die Turner ihre Zusammenkünfte halten, war Abends große Versammlung, von den geöffneten Fenstern aus erklangen die ultraschleswig-holsteinischen Rieder und Looke über die ganze Nachbarschaft und bis zu der nicht sehr entfernten preussischen Hauptwache. Es wird erzählt, daß preussische Patrouillen, die am Hotel vorüberzogen, mit beleidigenden Rufen begrüßt wurden; in der Nacht erreichte das Geräusch eine solche Höhe, daß der wachhabende Offizier sich veranlaßt sah, sich an den Stadtkommandanten, Major v. Granaach, zu wenden, der sich selbst von den Hülflosigkeiten im Hotel überzeugte und darauf den Anwesenden befahl, den Saal zu verlassen.

Wie das genannte Blatt hinzusetzt, hätten die preussischen Soldaten am nächsten Tag Befehl erhalten, in Zukunft nicht ohne Seitengewehr auszugehen. Die letzten Nummern der „Apenr. Nachr.“ sind wegen Aeußerungen über diesen Vorfall mit Beschlag belegt worden.

Aus Nordschleswig, 13. Juli. (Nat.-Ztg.) Aus Møgeltondern (der früheren dänischen Enklave) wird der „Nordfl. Tid.“ berichtet, daß zwei Mitglieder des Kirchspiels-Vorstandes nach Schleswig gereist sind, um bei der obersten Zivilbehörde wegen vorgefallener österröischer Militärereignisse Beschwerde zu führen. Demselben Blatt zufolge ist der Jahrestag der Schlacht bei Fridericia nicht nur in dem Grenzorte Kolbing, sondern auch in Hadersleben und auf Christiansdal von einigen dänisch Gesinnten durch das Aufheffen der Dannebrogflagge verherrlicht worden, worauf bereits Verurteilung in Geldstrafe erfolgt ist.

Berlin, 16. Juli. Es wird hier erzählt, das Verhalten des Hrn. v. Zedlitz in den Herzogthümern fände nicht die vollkommene Zustimmung der Regierung, und es seien demselben neuerdings von dem Ministerpräsidenten wichtige und ganz spezielle Instruktionen erteilt worden, deren Inhalt jedoch noch nicht bekannt ist. — Der diesseitige Gesandte am russischen Hof, Graf Federn, hat sich bereits auf seinen Posten nach St. Petersburg von hier zurückbegeben. — Am 13. d. M. hat Johann Jacoby die über ihn verhängte sechsmonatliche Freiheitsstrafe im Gefängnislokal des Königsberger Stadgerichts angetreten. — Der Gymnasiallehrer Ignaz Küppers in Bonn, der bereits im vorigen Jahr in höherem Auftrag die bedeutendsten Turnanstellungen Mitteldeutschlands zu besuchen hatte, ist, der „Köln. Ztg.“ zufolge, vom Unterrichtsministerium angewiesen worden, von jetzt ab bis zum Eintritt der Herbstferien die Gymnasien, Realschulen und Schullehrer-Seminarien der Rheinprovinz zu besuchen, und von dem Stand und Betrieb des Turnwesens an denselben Kenntniß zu nehmen.

Berlin, 17. Juli. Wie die „Volk-Ztg.“ schreibt, soll die Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser von Oesterreich neueren Nachrichten zufolge bereits in Salzburg erfolgen. In Gastein wird der Besuch des Großherzogs von Oldenburg erwartet. Der Geh. Rabinetsrath Maire verweilt noch am Bodensee in der Schweiz, will aber in etwa drei Wochen zum König gehen und ihn dann nach Baden begleiten. — Die Kommission zur Berathung der Arbeiterfrage wird in der zweiten Hälfte dieses Monats hier zusammentreten und ihre Sitzungen im Herrenhause halten; zu der Kommission gehören nahe an vierzig Personen.

Der General-Postdirektor Philipp Born hat eine Reise nach St. Petersburg angetreten. Derselbe wird, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, sich mit der russischen Regierung über die Prinzipien besprechen, welche in Zukunft für den Postverkehr zwischen Preußen und Rußland gelten sollen. Es soll sich dabei um wesentliche Erleichterungen handeln, welche sowohl für den internationalen Brief-, als auch für den Pakettransport zur Geltung kommen sollen. Später soll eine Konferenz zwischen preussischen und russischen Postbeamten stattfinden, welche auf Grund der vereinbarten Prinzipien einen Vertrag zu berathen und zu entwerfen haben werden. Es wird darauf hingewirkt, daß das Briefporto nicht höher bemessen werde, als dies bei dem Briefporto mit Frankreich der Fall ist. Die Postpakete haben bei einer Sendung nach Rußland ein so starkes Porto zu zahlen, daß dadurch der Paketverkehr dorthin sehr beschränkt wird. Die Uebergabe der beiderseitigen Poststücke an der Grenze soll so geregelt werden, daß sie Erleichterungen gegen das bisherige Verfahren gewährt. Auch in Bezug auf das beiderseitige Telegraphenwesen sollen Verabredungen getroffen, und dahin gewirkt werden, daß möglicher Weise die preussischen Tariffätze auch die Basis für die Tariffätze des Telegraphenverkehrs zwischen Preußen und Rußland werden. Die Vereinbarungen, welche mit Rußland getroffen werden, können auch den Staaten des deutsch-österreichischen Postvereins zu Gute, und Preußen unterhandelt gewissermaßen im Namen desselben. Die Verhandlungen mit Rußland wegen Erleichterung des Postverkehrs sind von hier angezogen worden, und ist die Regierung von St. Petersburg bei der dort allgemein jetzt herrschenden Richtung, den Verkehr von seinen Fesseln zu befreien, sehr bereitwillig auf den diesseitigen Vorschlag eingegangen. Man glaubt, daß der General-Postdirektor Philipp Born noch vor Ablauf dieses Monats hierher zurückkehren wird.

Wien, 14. Juli. Das Gesetz vom 15. Juni wegen Zulassung von Ausländern zur Erlangung des Markenschußes in Oesterreich ist erschienen. Hiernach haben die

ausländischen Gewerbetreibenden, um des Schutzes ihrer Marken und Bezeichnungen theilhaftig zu werden, diese bei einer österreichischen Handels- und Gewerbekammer registriren zu lassen und die sonstigen Bedingungen des Gesetzes vom 7. Dez. 1858 zu beobachten. — Der Ausschuß der hiesigen Handelskammer befürwortet die Beschickung des deutschen Handelstages in Frankfurt, indem er von dem Grundsatz ausgeht: „daß alle Beziehungen, welche die Verbindung und den Zusammenhang Oesterreichs mit Deutschland fördern können, mit Ernst gepflegt und entwickelt werden müssen; daß die Richtung der ganzen österreichischen Politik beharrlich diesem Ziel zustrebt, und daß namentlich das Gebiet der materiellen Interessen es ist, auf welchem wir die Ausgleichung der bestehenden Verschiedenheiten und die Schaffung gemeinsamer Institutionen als beste Grundlage der künftigen politischen Einheit verfolgen, und daß von diesem Gesichtspunkt aus auch die Anstrengungen Oesterreichs aufzufassen sind, die Anhaltspunkte für eine künftige deutsch-österreichische Zollvereinigung auch in dem jüngst abgeschlossenen Zoll- und Handelsvertrag zwischen Oesterreich und den Zollvereins-Staaten festzuhalten.“ Die Wahl der nach Frankfurt zu entsendenden Abgeordneten ist wegen der „Wichtigkeit des Gegenstandes“ bis zur nächsten Sitzung vertagt worden.

Wien, 16. Juli. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: „Es ist eine Thatsache, die ich verbürgen zu können glaube, daß Graf Mensdorff in einer Unterredung mit dem preussischen Gesandten die Worte gebraucht: es werde, wenn Preußen die bisher eingeschlagenen Wege nicht verlassen sollte, Oesterreich nichts Anderes übrig bleiben, als — dann natürlich mit Aufhebung der Vorbehalte, die es sich bis jetzt als deutsche Bundesmacht aufgelegt, die Lösung der Herzogthümerfrage als europäische Großmacht und auf dem internationalen Weg in Angriff zu nehmen. Es war dies, wenn ich nicht irre, diejenige Unterredung, welche der Abreise des Fren. v. Werther nach Karlsbad unmittelbar vorherging, und es dürfte eben nicht ganz unwahrscheinlich sein, daß die späteren Kongreßgerüchte vorzugsweise deshalb wieder in die Luft steigen mußten, um die „internationalen“ Neigungen der österreichischen Politik zurückzuführen, wobei man freilich nur vergessen hat, daß allerdings die internationale Behandlung einer Einzelfrage den allgemeinen Kongreß gebären kann, aber noch nicht der allgemeine Kongreß ist. Wir erinnern uns wenigstens nicht, daß beispielsweise die Londoner Konferenz einen solchen Kongreß auch nur näher gerückt, geschweige denn zugeebracht hätte.“

Die österreichische Regierung hat dem Vernehmen nach die betreffenden Zollvereins-Staaten, d. h. Preußen, Bayern und Sachsen, eingeladen, am 1. Aug. diejenigen Verhandlungen durch Kommissäre zu beschicken, welche nach Art. 23 des mit dem Zollverein abgeschlossenen Vertrags zur Vereinbarung der erforderlichen Vollzugsvorschriften, in Wien eröffnet werden sollen. Oesterreichischer Seite ist bereits der Ministerialrath Peter aus dem Finanzministerium mit zwei ihm beigegebenen anderen Ministerialbeamten zur Führung dieser Verhandlungen beauftragt.

Wien, 16. Juli. (Müln. Kor.) Das neue Kabinett soll vollständig gebildet sein und alle Mitglieder desselben sollen sich über das zu beobachtende Programm geeinigt haben. Jedoch lauten die Angaben über die Personen und über den Inhalt des von ihnen vereinbarten Programms noch sehr widersprechend. Daß, wie heute Gerüchte behaupten wollen, Hr. v. Plener das Finanzministerium behalten werde, ist schon deshalb nicht glaubwürdig, da die Politik dieses Staatsmannes mit jener der Belcredi-Majlath in keinerlei Weise übereinstimmt. Der Kaiser wird morgen früh aus Jsch hier erwartet, und man glaubt, daß schon Dienstag die „Wien. Ztg.“ die neue Ministerliste bringen werde. Was das vom neuen Ministerium zu befolgende System betrifft, so sind darüber Angaben im Umlauf, welche für die Anhänger der Februar-Verfassung nichts weniger als erfreulich lauten. Das Programm Majlath's, welches die Grundlage des zu beobachtenden Systems bilden soll, wird als eine vollständige Restitution des Oktober-Diploms bezeichnet. Ungarn soll hienüt eine umfassende Autonomie gesichert werden und mit Ausnahme der Finanzen und des Krieges eine eigene, ganz unabhängige Verwaltung erhalten, übrigens daselbst Alles in das Jahr 1847 zurückgeführt werden. In den deutsch-slawischen Provinzen würden nur die Landtage mit etwas erweiterten Vollmachten respektirt, der Reichsrath aber, wenn nicht ganz beseitigt und durch einen, die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Gesamtmonarchie behandelnden Senat ersetzt, doch radikal umgewandelt werden. Man ist begierig, ob sich diese, heute sehr verbreitet gewesene Version bewahrheiten werde. Mit den neuen Ministern soll auch die Ernennung mehrerer höhern Beamten Ungarns erfolgen. Man nennt den Grafen Apponyi als Juxta Curiae und Hrn. v. Sennyey als Tavernikus. Die Ernennung eines neuen Statthalters soll unterbleiben, da diese Würde mit der des künftigen Palatins, wie in früherer Zeit, vereinigt werden wird. Eine der ersten Handlungen des neuen Ministeriums soll eine allgemeine Amnestie für Preßvergehen sein.

— Eine Reihe Wiener Korrespondenzen in verschiedenen auswärtigen Blättern gibt zu verstehen, daß man in Wien im Hinblick auf die sich immer mehr steigende Spannung mit Preußen sich täglich mehr mit dem Gedanken einer Verständigung mit Italien unter französischer Vermittlung vertraut mache, um für gewisse Eventualitäten nach dieser Seite gesichert zu sein.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 14. Juli. (Pesth. Lloyd.) In dem Bureau der Pesth-Losonjer Eisenbahn-Gesellschaft in Pesth hat gestern Vormittag eine Besprechung der stimmfähigen Aktionäre stattgefunden, welche von dem präsidentirenden Grafen Joseph Forgach mit einer Schilderung der Umstände eröffnet wurde, die zur Zahlungseinstellung der Gesellschaft geführt haben. Um aus den einzig durch den Sturz des Hau-

ses J. G. Schuller u. Comp. verursachten Verlegenheiten einen Ausweg zu finden, biete sich kein anderes Mittel, als durch eine glänzende Deputation an den Kaiser die Bitte zu richten, daß für das Baupital der Gesellschaft, oder doch wenigstens für die Prioritäten eine Zinsengarantie von 5 Proz. bewilligt werden möge, was die augenblickliche Aufhebung des Konkursverfahrens ermöglichen würde. Diese Deputation könne nur von einer außerordentlichen Generalversammlung gewählt werden, und es handle sich nun darum, die Erlaubniß zur Abhaltung dieser Versammlung zu erwirken; die anwesenden Aktionäre mögen daher ihre Ansichten über den für diese Generalversammlung zu bestimmenden Termin aussprechen. — In Erwägung, daß es notwendig sei, schleunig zu handeln, andererseits aber die Zusammenstellung des Status der Gesellschaft Zeit erfordere, beschloffen die versammelten Aktionäre an den hohen Statthalterialrath die Bitte zu richten, daß die Abhaltung der in Rede stehenden außerordentlichen Generalversammlung für den 29. Juli gestattet werden möge.

Italien.

Florenz, 13. Juli. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Der Papst will noch vor Ablauf des Vertrags vom 15. Sept. ein ökumenisches Konzil nach Rom einberufen, zu dem sämtliche Bischöfe der katholischen Christenheit eingeladen werden sollen; auf diesem Konzil soll von dem geistlichen Oberhirten des Katholizismus über das Verhältniß des Papstthums zu Italien auch endgiltig entschieden werden. Die Sache scheint ernst zu sein, und es heißt, daß wirklich auf eine solche Versammlung hingearbeitet werde. — Der König wird Anfangs der nächsten Woche hier erwartet; er wird dann wieder nach Piemont zurückkehren, um alle vierzehn Tage hier zu erscheinen. — Beim Grafen Poyoli ist in dessen neuer Wohnung auf der Piazza Santa Maria Nuova ein Einbruch geschehen und wurde der genannte Staatsmann arg bestohlen. — Von den sieben Münzen, welche Italien besaß, unterdrückte die Regierung vier (darunter auch die von Florenz), und verpackete die drei andern (die von Mailand, Turin und Neapel) an die Nationalbank.

Turin, 13. Juli. (Sch. M.) Obgleich es bei Viktor Emanuel keines Druckes bedarf, die Unterhandlungen mit Rom möglichst bald wieder anzuknüpfen, so wird in Paris doch nichts veräußert, den König von Italien auf diesem Wege zu halten. General Cucchiari, welcher dieser Tage von Paris zurückgekehrt ist, soll in dieser Beziehung dringende Rathschläge und entschiedene Wünsche mitgebracht haben, von deren Unabweisbarkeit auch die italienischen Minister überzeugt sind. Man hat deswegen auch schon Schritte bei dem Grafen Pinati gethan, um ihn mit der dritten römischen Mission zu betrauen, da Begezi trotz des heraldischen Abschieds, der ihm vom Papst zu Theil wurde, dennoch keine Lust mehr verpirren soll, mit dem Kardinal-Staatssekretär Antonelli wieder in diplomatische Berührung zu kommen, und auch Massimo d'Azeglio diese Ehre abgelehnt hat.

Turin, 13. Juli. (A. Z.) Dem Municipium von Florenz konnte es bis jetzt noch immer nicht gelingen, die Verhandlungen mit der Nationalbank wegen eines Anlehens von 50 Mill. Fr. zu Ende zu führen, und heute heißt es, daß dieselben abgebrochen und mit einigen Mailänder Häusern aufgenommen worden seien. Da die Florentiner Stadtbehörde verschiedene vorzügliche Offerte besitzt, so will sie allerdings nicht zu rasch in die Forderungen des Bankdirektors Pombrini eingehen. — Die Regierung ist auf acht verschiedenen Punkten des Landes wieder in offenem Kampf mit Bischöfen wegen Inspektion der Seminarien, und der Unterrichtsminister Rattoli, der ohnehin den mit Rom eingeleiteten Verhandlungen sehr abhold gewesen ist, ließ sich weder während des Laufs derselben, noch nach deren Scheitern davon abhalten, mit aller Strenge gegen die Seminarien einzuschreiten. Der Bischof von Asti mußte z. B. durch Gen darmen aus dem betreffenden Seminar ausgewiesen werden, da er nur der Gewalt nachgeben wollte. — Der Deputirte Pisanelli hat den ihm angebotenen Posten eines Staatsraths ausgeschlagen, weil er der Theilnahme an der freien parlamentarischen Bewegung nicht entsagen will. — Bis zum 7. d. M., d. h. dem Abgang des letzten italienischen Dampfboots aus Alexandria, waren 27,000 Personen, worunter 12,000 Griechen, von dort geflohen. Am 29. Juni war die Angst so groß, daß Kaufleute ihre Läden gerabezu im Stich ließen, um zu flüchten.

Frankreich.

Paris, 17. Juli. Der „Abend-Moniteur“ meldet, daß der Kaiser l. Prinz, welcher dieser Tage ein wenig unwohl war, fast ganz wieder hergestellt sei. Der Prinz ist, wie man sagt, an den Wasserblattern erkrankt, eine Folge der außerordentlichen Hitze. — Wie man bemerkte, hat Hr. Jules Simon den letzten Sitzungen des Gesetzes-Körpers nicht beigewohnt; derselbe ist in London, wo er — wie die „Patrie“ meldet — sehr oft bei den Prinzen der Familie Orleans speist. — Demselben Blatt zufolge wäre es sehr wahrscheinlich, daß der Prinz von Wales mit dem englischen Geschwader nach Frankreich kommen werde, nachdem die Wahlen in England im Sinne der Allianz mit Frankreich ausgefallen seien.

Ich erhalte heute einen Brief aus Alexandria, 9. Juli, welcher einige Nachrichten über die Cholera gibt. Drei Tage lang wüthete die Epidemie in den Werkplätzen des Suez-Kanals, und nur mit größter Mühe gelang es, die levantische und Marjeller Arbeiterbevölkerung von allgemeinem Ausbreiten abzuhalten. Die Verheerungen der Seuche in Alexandria waren groß, noch größer aber die Furcht. Mehr als 25,000 Europäer, Griechen, Italiener, Franzosen u. verließen die Stadt; die Banken sind geschlossen, die Geschäfte haben aufgehört. Aber was noch schlimmer ist, die Zufuhr von Lebensmitteln hat theilweise aufgehört und droht — wenn die Epidemie nicht bald verschwindet — ganz aufzuhören. Ein Pfund Fleisch wird bereits mit 2 Fr. 50 C. bezahlt.

* Paris, 17. Juli. Der „Moniteur“ veröffentlicht heute

den Text des zwischen Frankreich und Hessen-Darmstadt abgeschlossenen Vertrages über gegenseitigen Schutz des literarischen und artistischen Eigentums. — Man schreibt dem „Pays“ aus Alexandria in Egypten, daß die Cholera fortwährend im Abnehmen begriffen ist und binnen einigen Tagen ganz verschwunden sein wird. (Vergl. 3 Paris.) — Die „France“ will wissen, daß außer den drei Kandidaten für die Deputation im Gesehb. Körper für den 4. Wahlbezirk des Aisne-Departements, nämlich außer den H. Babbington, Mitglied des Instituts und Generalsekretär dieses Departements, Tillencourt, früherer Volksvertreter in der Constituante, und Levesque, Advokat in Paris, auch Hr. Ddilou-Barrot als Kandidat austritt. — Der „France“ gehen ungünstige Nachrichten aus Haiti zu. Der General Gessard hatte in den letzten Tagen mehrere Niederlagen erlitten und die Empörung gewann Boden. — Das Paketboot der Allgemeinen Transatlantischen Kompagnie, „Florida“, ist gestern von St. Nazaire nach den Antillen, Cuba und Westindien mit 479 Zivil- und Militärreisenden und 500 Tonnen Waaren abgegangen. — Börse flau. Rente 67.40, Cred. mob. 717.50, ital. Anl. 64.80.

Belgien.

Brüssel, 13. Juli. (Nat.-Ztg.) Die Regierung hat bei der heute fortgesetzten Beratung des Gesetzes über die Wahlmänner eine Schlappe erlitten. Bekanntlich wurden die verschiedenen Amendements bis jetzt durch die Vorfrage beseitigt, nachdem ein Mitglied der ministeriellen Partei vorgeschlagen hatte, alle auf eine Wahlreorganisation zielende Vorschläge von vorn herein in Bausch und Bogen unzulässig zu machen. Hr. Orts hatte nun einen solchen Antrag eingebracht, dahin gehend, daß künftig Niemand zum ersten Mal auf die Wahllisten gebracht werden könne, ohne vorher den Beweis geliefert zu haben, daß er lesen und schreiben könne. Hier nun unterlagen die Anhänger der Regierung, indem die Vorfrage mit 48 gegen 36 Stimmen verworfen wurde. Der Antrag des Hrn. Orts selbst ist freilich damit noch nicht angenommen, da wohl verschiedene Deputirte, welche sich jetzt gegen die Vorfrage erklärten, später gegen den eigentlichen Antrag auftreten werden. Die sonst ziemlich ruhige Beratung wurde durch einen stürmischen Zwischenfall gestört. Auf die Behauptung eines Mitgliedes der Linken, der Antrag des Hrn. Orts stehe im Widerspruch mit der Verfassung, erwiderte Hr. Coomans, verschiedene Artikel derselben seien bereits verletzt und entstellt, und es verlöhne nicht der Mühe, zu behaupten, was davon noch übrig bliebe. Als der Redner sich aber mit einem Ordnungsruf bedroht sah, zog er seinen Ausdruck zurück, nachdem er vergebens versucht hatte, demselben eine harmlose Auslegung zu geben. — Heute Abend hat das jährliche Festmahl der Abgeordneten der Majorität unter Vorsitz des Präsidenten der Kammer, Hrn. Vandepereboom, stattgefunden. Die Beseitigung war weniger zahlreich als sonst, da verschiedene Deputirte die Hauptstadt bereits verlassen haben. — Das Befinden des Königs ist noch immer sehr wenig befriedigend.

Türkei.

Bukarest, 3. Juli. Die Tributangelegenheit zwischen Rumänien und der Pforte soll nun endlich ausgeglichen werden. Eine Kommission wird zu diesem Behuf in Konstantinopel zusammentreten. Die Pforte fordert den seit 1853, also seit 12 Jahren, rückständigen Tribut in einem Betrag von zwölf mal 48,000, daher 576,000 Dukaten. Fürst Kujua dagegen fordert Entschädigung für das im russisch-türkischen Kriege zerstörte Eigentum rumänischer Untertanen und die Herausgabe der Donauinseln. Diese auf der Donau und zwar auf der Strecke von Galacz bis zur Mündung im Schwarzen Meere gelegenen Inseln, von denen die zwei größten Cetalin und St. Georg heißen, enthalten 16,000 Einwohner und liefern dem Staat ein Jahreseinkommen von 50,000 Duk. an Steuern und Pachtzins für die Fischereien und ein weiteres Jahreseinkommen von 1000 Duk. von der Seefalz-Erzeugung. Diese Inseln bildeten vor dem Orientkrieg einen integrierenden Theil des russischen Reiches; als aber Rußland durch Art. 28 des Pariser Vertrages seine Grenze von der Donau zurückziehen genöthigt war, da mußte es auch diese Inseln aufgeben. Allerdings wurde im Pariser Vertrag stipulirt, daß das in solcher Weise abgetretene Gebiet an die Moldo-Wallachei kommen solle; aber diese Inseln vergaß man, und so kam es, daß die Pforte dieselben in Besitz nahm und bis auf den heutigen Tag noch besitzt.

Amerika.

Neu-York, 1. Juli. General Terry, der Eroberer von Wilmington, der jetzt in Virginien kommandirt (wo die Keger bis in die neueste Zeit unter allen Rechtsfiktionen und Vorwänden vielfach nicht viel anders als vor dem Kriege behandelt, bezw. mißhandelt worden sind), hat unterm 23. Juni folgenden Tagesbefehl erlassen:

Die Staats- und Kommunalgesetze, welche Beziehung auf freie Farbige haben und deren persönliche Freiheit einschränken, waren dazu bestimmt, solche Individuen, während sie inmitten einer Sklavensklave lebten, zu kontrolliren; sie waren im Interesse der Sklavensklave erlassen, hatten die Sicherstellung der Sklaverei zum Zweck, und bildeten daher theilhaftig einen Theil des Sklavereikoder. Jetzt ist die Sklaverei abgebrochen und nach dem Grundgesetz, daß mit der Veranlassung eines Gesetzes das Gesetz selbst aufhört, sind alle die vorbeschriebenen Gesetze und Verordnungen obsolet geworden. Farbige werden daher fortan ganz dieselbe persönliche Freiheit genießen wie andere Bürger und Einwohner; sie sind denselben Beschränkungen und Bestrafungen für Verbrechen unterworfen wie Weiße, aber keinen andern. Vagabundiren wird nicht geduldet. Weder Weißen noch Schwarzen kann gestattet werden, ihren Beruf und ihre Familien zu verlassen, um als Wählgänger umherzuwandern. Gingen sie es weder Weißen noch Schwarzen verweigert, sich andere Arbeit zu suchen, wenn sie keine Beschäftigung gegen angemessenen Lohn an ihrem Wohnort erhalten können, oder in christlichen Geschäften von Ort zu Ort zu reisen. Bis die bürgerlichen Tribunale wieder eingeleitet sind, muß notwendiger

Weise die Strafrechtspflege von Militärgerichten geleitet werden; vor solchen wird unter allen Umständen das Zeugniß von Farbigen angenommen.

Vermischte Nachrichten.

Darmstadt, 16. Juli. Heute hat der Großherzog den Kriegsmilitär Generalleutnant v. Wächter aus Anlaß vollendeter sechzigjähriger ehrenvoller Dienstzeit zum General der Infanterie und den General v. Wechtold aus gleichem Anlaß zum zweiten Inhaber des ersten Infanterieregiments ernannt. — Die der Wiener „Presse“ von hier mitgetheilt wird, ist der groß. außerord. Gesandte und bevollmächtigte Minister am österreichischen Hofe, Frhr. Heinrich v. Sager n, zum Wirklichen Geheimrath mit dem Prädikat Excellenz ernannt worden.

Frankfurt, 15. Juni. (Sch. M.) Zum Empfang der auf der Reise nach Bremen befindlichen Schweizer Schützenputation hatte sich gestern Nachmittag eine große Menschenmenge auf dem Main-Weser-Bahnhof eingefunden. Nach deren um 5 Uhr erfolgten Eintreffen begrüßte dieselben Hr. Radenstein Namens des Komitees des ersten deutschen Schützenfestes, worauf ihnen in 12 silbernen Postalen ein Ehrentrunk gereicht wurde. Sodann brachten die in Frankfurt lebenden Schweizer, welche die Jugendwehr mit ihrer Fahne sich zum Empfang ihrer Landleute eingefunden haben, ihren Willkomm. Beide Ansprachen erwiderte Präsident Ziegler aus Schaffhausen Namens der Schweizer Deputation. Zur Stadt geleitet, schloffen sie sich dem großen Zuge an, welcher um 6 Uhr die Bundesfahne des deutschen Schützenbundes, das amerikanische, Schweizer und Wiener Banner aus dem Kaiserpalast abholte, um solche mit den hier durchreisenden Schützen zum Bahnhof zu geleiten. Eine Deputation begab sich in den Kaiserpalast, an deren Spitze als Sprecher Dr. S. Müller stand, welcher dem Senator v. Bernus (als Senatsdeputirten) den Dank der Schützen für die Aufbewahrung der Fahnen und für den von der Stadt gestifteten Preis aussprach, worauf Bernus erwiderte, wie er hoffe, daß demalst die Schützen eben so begeistert wie zum Feste, so auch zur Vertheidigung des Vaterlandes an dessen Grenzen eilen werden. Taufenthimmiges Hoch begrüßte die Fahnen am Portal des Römers, worauf sich der aus der Jugendwehr, den Turnern, dem Schützenkomitee, den hier anwesenden Amerikanern, Schweizern und deutschen Bundeschützen (letztere mit ihren Fahnen) gebildete Zug durch die Hauptstraßen der Stadt, von Jubel begleitet, in Bewegung setzte. Hochrufe auf die freie Schweiz und Amerika wechselten mit denjenigen auf Deutschland. Um 8 Uhr, unter dem Jubel von Tausenden, fuhr der aus 17 Wagen bestehende Strazug ab.

Köln, 16. Juli. (Fr. Z.) Gestern ist dem für nächsten Samstag und Sonntag anberaumten Abgeordnetenfest eine neue Schwierigkeit entgegengetreten, indem unser Oberbürgermeister, Hr. Bachem, insofern in den bereits bestehenden Konflikt eingriff, daß er den Vorsitzenden des Komitees, Hrn. Stabvordereuten Klaffen-Kappelmann, auffordern ließ, die für das Dankfest auf dem Gürtenich getroffenen Einrichtungen beseitigen zu lassen. Hr. Klaffen entgegnete darauf, daß er an dem definitiv abgeschlossenen Nichtvertrage festhalte und es dem Oberbürgermeister überlassen müsse, für die Begründung selber Sorge zu tragen, er ihn aber für allen etwa entstehenden Schaden zivilrechtlich verantwortlich halte. Die Theilnahme für das Fest nimmt immer größere Dimensionen an.

Die „Rhein. Ztg.“ theilt mit, daß alle Abgeordnete, welche ihr Erscheinen bei dem Fest zu Köln dem Komitee angezeigt, zugleich erklärt haben, wie sie unter den jetzigen Umständen, wo ein Verbot in Aussicht gestellt sei, es für eine Ehrenpflicht hielten, an dem Fest Theil zu nehmen. In gleichem Sinn spricht sich auch der Abg. Becker in seiner Antwort an das Komitee aus. — Zugleich meldet dasselbe Blatt, daß die Theilnahme an dem Fest auch von Düsseldorf aus sehr lebhaft zu werden verspricht. Täglich laufen zahlreiche Anmeldungen bei den dortigen Komiteemitgliedern ein, und wenn die Einzeichnungen während der bevorstehenden 7 Tage in demselben Maß ausfallen, so sei die Möglichkeit, allein für die dortigen Theilnehmer an der Rheinfahrt bei der Düsseldorf-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ein Dampfboot mieten zu können, außer jeden Zweifel gestellt.

Eiberfeld, 17. Juli. Die „Eiberf. Ztg.“ meldet, daß im Etablissement des Hrn. Krupp zu Essen ein bedeutender Brand stattgefunden hat.

Dresden, 16. Juli. Das „Dresden. Journ.“ enthält folgende amtliche Mittheilung: „In Widerlegung eines in einem benachbarten Staat leichtsinziger Weise ausgebreiteten Gerüchtes halte ich mich zu der Erklärung verpflichtet, daß der Gesundheitszustand in Dresden sowohl während der vergangenen Monate ein vorzüglich guter war, als auch jetzt ein sehr guter genannt werden muß. Namentlich hat sich weder von Cholera, noch von sonst irgend welcher epidemischen Krankheit eine Spur gezeigt. Der niedrige Krankenbestand in unseren Krankenhäusern, die geringe Thätigkeit in den Apotheken, endlich die in der letzten Zeit gerade auffällig niedrige Mortalitätsziffer, welche mehrere Wochen hintereinander die für Dresden berechnete Durchschnittszahl nicht erreichte, geben nebst den Erfahrungen der Privatpraxis wohl den sichersten Beleg für die Wahrheit dieser Erklärung, und dürften daher im Stande sein, jenes Gerücht in die Klasse der müßigen und dabei sehr unbedachten Erfindungen zu verweisen. — Dresden, 12. Juli 1865. Der Stadtdirektor Dr. Brückmann.“

Wie die „Nat.-Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind auch mit Prof. Häbner in Dresden von keiner Seite irgendwelche Unterhandlungen über die Uebnahme des Direktoriums der Berliner Kunstakademie angeknüpft worden.

Bremen, 15. Juli, früh. (Fr. Z.) Wie mit einem Zauberschlag hat sich die Stadt über Nacht in ein festliches Gewand gekleidet. Gestern bange uns, offen gestanden, nach, daß viele Häuser ganz fast bleiben würden. Heute sind, wenigstens in belebten Straßen, durch die der Festzug geht, weitaus die meisten Häuser geschmückt und geflaggt, und zwar fast ausschließlich mit riesigen schwarz-roth-goldenen Fahnen, seltener mit dem Bremer Schlüssel. Unter glühendem Sonnenbrand, wie er hier selten herrscht, rückten um 9 Uhr die ersten Schützen, die Oldenburger, denen sich unterwegs die benachbarten Ortshafnen angeschlossen hatten, ein. Gestern Abend kamen einige Dropler an. Auch die Schweizer Alpenjägerinnen machen bereits die Feststadt unheimlich. Das Treiben in der Stadt ist außerordentlich bewegt. Es werden heute 40 Jäger auf einer Eisenbahn erwartet. Sie können sich denken, wie sich dieselben verhalten werden. — Wir setzen unsern Brief um halb 5 Uhr fort, nachdem so eben die Frankfurter, Schweizer, Oesterreicher, Badener, Württemberger und andere Süddeutsche, in ihrer Mitte die Bundesfahne, am „Hotel de l'Europe“ vorbei defilirt sind, wo ihnen von bereits versammelten

Frankfurtern und Offenbachern, die sich mit anwesenden norddeutschen Schützen verbrüder hatten, und im Verein mit dem Gasthofbesitzer ein Föhlein kühlender bayrischen Gerstenjafes kredenz wurde, ein Beispiel, das Nachahmung verdient hätte, denn die Armen, die seit Abends vorher 8 Uhr unterwegs waren, verletzten bald in der verzehrenden Gluth des Tages. Empfang hatten sie unterwegs nur gefunden in Marburg, wo die Studenten mit Fackeln erschienen waren, in Kassel und in Verden, Station kurz vor Bremen. Die vielen Jäger, die im Lauf des Tages durch die Stadt gezogen sind, die Thüringer, die Sachsen, die Braunschweiger, und vor Allem die Bayern, an 300 Mann stark, mit ihrem riesigen, hochländerischen, bloßbeintigen, unaufhörlich juchzenden Fahnenträger, haben die Temperatur der öffentlichen Stimmung so erhöht, daß die Bundesfahne mit den Frankfurtern, nachdem sie am Bahnhof mit Kanonensalven und Begrüßungsrede festlich empfangen, in der Stadt bereits mit lautem Jubel und Blumenregen begrüßt wird. Eben, wo wir dies schreiben, dringt wieder ferner Jubelruf an unser Ohr. Es werden die erwarteten Hannoveraner oder Hamburger sein. Heute Abend ist große Vereinerung in der neuen Börse, morgen früh festlicher Empfang der Amerikaner, dann Festzug, erstes Banquet und Abends Festvorstellung im Theater mit dem berühmten Gast Davison von Dresden.

Hamburg, 17. Juli. Nach einem Kleiner Telegramm der „Hamb. Nachr.“ hat der Contreadmiral Jachmann dem für das Kunstlerfest niedergelegten Ausschuss die Anzeige gemacht, daß er für die Künstlerfahrt nach Düppel ein preussisches Kriegsschiff zur Verfügung stellen werde.

Wie der „Deutsch. Allg. Ztg.“ aus dem preussischen Oermland mitgetheilt wird, beabsichtigen die dortigen liberalen Wahlmänner, welche ein Fest zu Ehren des preussischen Abgeordnetenhaus zu Halle zu veranstalten gedachten, ihren Gesinnungsgenossen in der Provinz Sachsen den Vorschlag zu machen, den Mitgliedern der Majorität unseres Abgeordnetenhauses in dem weimarschen Baborstulza ein Banquet zu geben, zu welchem auch die der Fortschrittspartei angehörenden sachsen-weimarschen Landtags-Abgeordneten eingeladen werden sollen.

Wien, 13. Juli. Gestern ist das Programm für die 500-jährige Jubelfeier der Wiener Universität veröffentlicht worden. Dasselbe lautet: Dienstag 1. Aug. um 9 Uhr Vormittags Hochamt im St.-Stephans-Dom. Um 11 Uhr Vormittags im großen Redoutensaal: Feierliche Begrüßung der Deputationen der in- und ausländischen Universitäten durch den Rektor. Ansprache des Bürgermeisters der Stadt Wien. Ansprache eines Repräsentanten der österreichischen Universitäten. Ansprache eines Repräsentanten der österreichischen Universitäten. Festzug, gesprochen von einem Studenten. — Mittwoch 2. Aug. um 11 Uhr Vormittags im großen Redoutensaal Festrede des Rektors. Um 8 Uhr in demselben Saal Festkonzert unter der Leitung des Vize-Hofkapellmeisters Johann Herbeck. — Donnerstag 3. Aug. um 11 Uhr Vormittags im großen Redoutensaal: Feierliche Proklamation der aus Anlaß der Jubelfeier von der Stadt Wien gegründeten Stipendien. Feierliche Verkündigung der Ehrenpromotionen. Verteilung der Festgaben. — Abends 6 Uhr Festessen in der „Neuen Welt“ in Hieping.

St. Petersburg, 13. Juli. (Nat.-Ztg.) In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch, präzis von Mitternacht ab, hatten wir hier wieder einen Sturm, der an Heftigkeit noch jenen vom Monat Mai übertraf. Nachdem den Tag über schönes Wetter gewesen, fing es um 9^{1/2} Uhr Abends stark zu regnen an, so daß die vielen Spaziergänger, welche des Feiertags wegen (Peter und Paul) auf den benachbarten Inseln waren, in große Noth geriethen. Um Mitternacht gestellte sich hierzu ein heftiger Sturm, der Häuser abdeckte, Wägen zertrümmerte, Bodanhalten wegschwemmte, starke Bäume hier und in den an der See gelegenen Ortschaften, sowie auf den Inseln zu Hunderten knickte, und der sich dann gegen 3 Uhr Morgens erst einigermaßen legte, eigentlich aber erst im Lauf des gestrigen Tages aufhörte. Die Neva war gestern noch bis zum Abend so zu sagen ein holzschwimmender Fluß, wegen des vielen Brennmaterials, das sie in großen Haufen eintrieb; weiter zur See hinaus war das Wasser noch gestern Abend sehr erregt. Die Ueberschwemmung indeß war diesmal unbedeutender als im Mai. Gestern gegen Abend stellte sich wieder das herrlichste ruhigste Wetter ein, das auch heute anbauert. Der diesjährige Sommer ist an Eigenthümlichkeiten besonders reich. Ob Schiffe verunglückt, ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Nachschrift.

Bermatten, 18. Juli. (Stuttg. Bl.) Ein Korrespondent bestätigt, daß am 13. Juli bei Besteigung des Ratterthorns 3 Engländer und ein Führer verunglückt seien, darunter Hr. Hudson, Präsident des Londoner Alpenklubs und der achtzehnjährige Lord Douglas.

London, 18. Juli. (Stuttg. Bl.) Die Grafschaftswahlen brachten den Liberalen bisher vier Stimmen Gewinn. Der Gesamtgewinn der Liberalen beträgt bis heute 15 Stimmen.

Neu-York, 8. Juli. (W. R.-Z.) Payne, Harold, Agrot und Frau Suratt sind gestern gehängt worden. Der Richter hatte vor der Hinrichtung einen Verhaftsbefehl gegen den General Hancock in Angelegenheit der Frau Suratt erlassen, welcher aber auf die Anordnung Johnson's nicht ausgeführt wurde. Eine bedeutende Anzahl Bundesstruppen ist an der Küste von Texas an der Mündung des Rio Grande gelandet.

Geldagio 139^{1/2}, Wechselkurs 153, Bonds 105^{1/2}, Baumwolle 50.

Vera-Cruz, 28. Juni. (W. R.-Z.) Es geht das Gerücht, ein Dekret des Kaisers Maximilian, welches die Provinzen Sinaloa, Sonora, Durango an Frankreich als Sicherheit abtreten würde, werde bald erscheinen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

17. Juli.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 10.63	+ 17.5	N.O.	rein	heiß, warm
Mittags 2	9.66	+ 28.0	schw. bew.		heiß, warm.
Nachts 9	9.80	+ 19.5	N.W.		

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

